Hamburger Echo.

Das Hamburger Echo erscheint täglich, außer Montags. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich M. 3,60, pr. Nummer 5 $\frac{1}{2}$.
Bei Anzeigen wird die dreispaltige Zeile oder deren Raum mit 25 $\frac{1}{2}$ berechnet. — Anzeigenannahme in der Expedition, sowie bei allen Inseraten-Büreau.
Redaktion und Expedition: **Hamburg, Große Bleichen 65 a.** — Verantwortlicher Redakteur: **Otto Stolten in Hamburg.**

Hierzu eine Beilage.

Von der Weltbühne.

Zur parlamentarischen Session wird offiziellerseits dahin Stellung genommen, daß der Reichstag vor dem preussischen Landtage, und zwar bereits im nächsten Monat, einberufen werden soll.

Die preussische Regierung wird, wie offiziös gemeldet wird, auch in der nächsten Session des preussischen Landtages darauf verzichten, den Versuch einer Reform der direkten Steuern zu erneuern.

Bezüglich des Varrant-Systems ist eine Gesetzesvorlage in Aussicht genommen. Der Entwurf ist bereits so weit gefördert, daß er in nächster Zeit dem Bundesrath vorgelegt werden können.

Innerhalb der Berufsgenossenschaften wird der Plan erörtert, die Genossenschaften auch zum Träger einer Feuerversicherung für die Berufsgenossenschaften bezw. ihre gewerblichen Betriebe, Fabrikanlagen, Waarenlager u. s. w. zu machen. Man hat eine Versicherung auf Gegenseitigkeit ohne Beitrittswang im Auge. „Da die Organisation der Berufsgenossenschaften — so wird das Unternehmen begründet — schon vorhanden ist, so läßt die Hinzufügung der Feuerversicherung sich um so leichter bewerkstelligen. Dadurch werden die Kosten für die Verwaltung der Feuerversicherung bedeutend verringert; auch ist schon damit die Gewähr gegeben, daß die Versicherung der gewerblichen Betriebe sich billiger stellt, als bei anderen Anstalten.“

Der badische Nationalliberalismus dürfte nach der „Fest. Bzg.“ aus den Wahlen zum badischen Landtag mit einem Gewinn von 8 Mandaten hervorgehen. Dagegen haben die Demokraten zwei und die Ultramontanen fünf Sitze verloren. Die Ursache des Verlustes der Letzteren wird auf die Differenzen zwischen „Gemäßigten“ und „Extremen“ zurückgeführt.

Strasburg, 6. Oktober. Wie das „El. Journal“ meldet, ist das „Siedle“ in Elzass-Lothringen verboten worden; dieses Blatt zählte im Reichslande etwa 500 Abonnenten. Eine gleiche Maßregel ist auch gegen die „Lanterne“ ergriffen worden.

In Lothringen ist der seit längerer Zeit erwartete Normal-Lehrplan für den deutschen Unterricht in den einlässigen Schulen des französischen Sprachgebietes mit dem Beginn des Wintersemesters in Kraft gesetzt worden.

Die Vorarbeiten, d. h. die Aufstellung des Projekts für einen schiffbaren Kanal von Strasburg nach Ludwigshafen sind zum Abschluß gelangt. Nach diesem Projekt soll der Kanal auf reichsländischem Gebiete von Strasburg über Wanzenheim, Dicksweiler, Schirrhofen, Süssenheim, Barßfeld, Kesseldorf und Sulz geführt werden, während auf bayerischem Gebiete die Projektirungsarbeiten für zwei Linien ausgeführt wurden, die Linien Germerheim-Speyer, Ludwigshafen und Schleithal-Landau-Neustadt-Ludwigshafen. Sobald die Wahl zwischen diesen beiden Linien getroffen sein wird, soll den gegebenden Faktoren eine Vorlage in Betreff des Kanalbaues zugehen.

Zum sozialdemokratischen Parteitag wird dem „Verl. Volksbl.“ aus St. Gallen noch Folgendes mitgetheilt: „Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beschäftigte sich gestern und heute mit der Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage und in den Landtagen der Einzelstaaten. Referenten waren die Abgg. Hafenclever, Bebel und Singer. Es wurden die einzelnen Fragen, zu denen die sozialdemokratischen Abgeordneten Stellung zu nehmen gehabt hatten, von den Rednern aus der Versammlung einer eingehenden Kritik unterzogen. Auch die Frage der Dampfersubvention, zu welcher die frühere Fraktion der Sozialdemokratie im Reichstage in ihrer Majorität eine nicht unbedingt ablehnende Haltung eingenommen hatte, führte zu einer lebhaften Erörterung, bei welcher sich die gegenseitigen Anschauungen abklärten. Zum Schluß wurde vom Parteitag eine Resolution angenommen, die unter Anerkennung der positiven Thätigkeit der Abgeordneten dieselben auffordert, ihre kritische und oppositionelle Thätigkeit weiter zu üben. — Heute, Dienstag, Nachmittag hielt Herr Auer einen interessanten Vortrag über Zoll- und Steuerysteme, der mit viel einschlägigem Material versehen war und die lebhafteste Anerkennung der Versammlung fand. Derselbe Redner erörterte auch die Arbeiterschutzgesetzgebung unter allseitiger Zustimmung.

Schließlich gelangte eine Resolution zur Abstimmung, die sich gegen Schutzzölle und Monopole ausspricht und bezüglich der Sozialreform betont, daß es den herrschenden Klassen an dem erforderlichen guten Willen fehle, eine durchgreifende Sozialreform durchzuführen, wie sich bei den Reichstagsverhandlungen gezeigt habe. — Die Diskussion über diese Vorträge und über die Resolution begann Dienstag Nachmittag.“

Oesterreich. Wie aus Lemberg gemeldet wird wurde in einer Versammlung polnischer Notabilitäten beschlossen, der in Posen gegründeten Rettungsbank, deren Aufgabe es ist, der preussischen Kolonisationskommission entgegen zu wirken, mit dem Beirath von M. 1 200 000 zu Hilfe zu kommen. In allen galizischen Städten und Bezirken werden zu diesem Behufe Agitationskomites eingesetzt werden. Der dritte Theil des Beirathes soll durch Sammlungen in den Städten, die übrigen zwei Dritttheile sollen vom Großgrundbesitz aufgebracht werden. Mit der Leitung der Aktion wurden Graf Arthur Potocki, ferner die Fürsten Adam Sapieha und Georg Czartoryski betraut.

Kopenhagen, 4. Oktober. („Voss. Bzg.“) „Mit der Eröffnung des Reichstags ist die schreckliche Zeit der Zahlen gekommen. Alle Blätter füllen ihre Spalten mit langen Auszügen aus der Staatsrechnung und dem neuen Voranschlag, mit Betrachtungen über die provisorische Wirtschaft und ihre Folgen für die Finanzen und für die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Staatsrechnung für 1886/87 schließt mit einem Defizit, mögen die Regierungsebenen es zugestehen oder nicht. Die Ausgaben betragen 58 100 000 Kronen, die Einnahmen 54 800 000, die Staatskasse mußte von ihren Ersparnissen zu 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen zur Bekreitung der laufenden Bedürfnisse hergeben. Allerdings sind für die Amortisirung der Staatsschuld 4 700 000 Kronen ausgegeben, so daß sich die finanzielle Lage des Staates nicht verschlechtert hat. Dasselbe läßt sich von der wirtschaftlichen Lage nicht sagen, der Handel steht dahin, es zeigt sich das an dem Minderertrage der Bälle, vielmehr aber noch an dem Herabgehen der Staatseisenbahneinnahmen, die auf 3 700 000 Kronen veranschlagt sind und nur 1 900 000 Kr. brachten. Nahezu die Hälfte der ganzen ordentlichen Staatseinnahmen ist für militärische Zwecke verwendet, es entfallen auf das Kriegsministerium 10 300 000 Kr., auf die Marine 6 500 000 Kronen und auf die Befestigungsarbeiten und die Beschaffung von Kriegsmaterial 5 900 000 Kr. — Der Voranschlag für 1887/88 berechnet die Einnahmen auf 53 777 872 Kr., die Ausgaben auf 55 858 705 Kr.; die etatismäßigen Ausgaben für Heer und Marine sind so ziemlich dieselben geblieben wie im laufenden Finanzjahre, aber die außerordentlichen Ausgaben für die Befestigung u. s. w. sind auf 8 Millionen Kronen gestiegen. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die Verzinsung der Staatsschuld über 7 Millionen Kronen erfordert, so wird man leicht verstehen, daß die Mittel für die eigentlichen Kulturaufgaben des Staates knapp sind. So stehen dem Minister des Kultus und des öffentlichen Unterrichts kaum zwei Millionen zur Verfügung, eine Summe, mit der zwar Staunenswerthes geleistet wird, die aber doch nicht im Entferntesten ausreicht, um Schule und Kirche, Kunst und Wissenschaft auf der Höhe moderner Anforderung zu erhalten. Wenn nicht der große Bildungsdrang, die Opferwilligkeit und die freiwillige Thätigkeit des Volkes vorhanden wären, so könnte ein Staat, der 22 Millionen für den Militarismus und zwei Millionen für Kirchen, Schulen und Bildungsanstalten ausgiebt, seine Kulturaufgabe nie und nimmer erfüllen.“

Aus Paris meldet man der „Voss. Bzg.“, daß Graf Münster, der deutsche Botschafter, am Freitag M. 50 000 in einem Check auf das Bankhaus Erlanger als Entschädigung für die Familie Brignon ausbezahlt und gleichzeitig eine Note überreicht habe, durch welche die Angelegenheit endgültig erledigt wird. Die eventuelle Bestrafung des Soldaten Kaufmann bleibe dem pflichtmäßigen Ermessen des Militärgerichts überlassen.

Paris, 6. Oktober. Mehrere Blätter befürworten im Hinblick auf die immer wahrscheinlicher bevorstehende Ministerkrise, man möge die beiden Portefeuilles, von welchen die nationale Sicherheit abhängt, das des Auswärtigen und des Krieges, vor dem häufigen Wechsel der Leitung bewahren und im Besitze ihrer jetzigen Inhaber Florens und Ferron lassen. Das „Echo de Paris“ erklärt sich mit dem Vorschlage bezüglich des Kriegsministeriums völlig einverstanden, bejagt aber, daß er angesichts der parlamentarischen Spaltungen unannehmbar sei. — Mandet, der französische Konsul in Laurium, ist abgesetzt worden, weil er dem in Griechenland reisenden Sohne des Grafen von Paris Aufmerksamkeiten erwies. — Der, wie gestern bereits telegraphisch gemeldet, plötzlich abgesetzte General Caffarel hat unter Mithilfe eines noch ungenannten Senators mit dem Orden der Ehrenlegion

Handel getrieben. Man vermutet, daß er auch am Verrath des Mobilisierungsplanes durch Aubanel an den „Figaro“ theilhaftig war. Die Presse fordert die Verhaftung des Generals.

Rom, 7. Oktober. Die Abendblätter fordern die Regierung zu nachdrücklichster Wachsamkeit betreffs Marokkos auf.

Bei seiner Ankunft in Italien äußerte sich Crispi nach dem „B. Z.“ dahin, er habe die feste Ueberzeugung, der europäische Friede sei, falls nicht Unvorhergesehenes eintrete, auf lange Jahre gesichert.

Madrid, 6. Oktober. Die an der algierisch-marokkanischen Grenze konzentrierten französischen Truppen erhielten Befehl, sich zum Einmarsch in Marokko bereit zu halten.

Madrid, 7. Oktbr. Gestern hat hier ein Frauenaufstand der Polizei viel zu schaffen gemacht. Mehrere Tausend Arbeiterinnen einer Zigarrenfabrik hatten sich gegen die beabsichtigte Herabsetzung des Lohnes aufgelehnt und sich dabei derartig geberdet, daß die Polizei zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigerufen werden mußte. Die Frauen verbarrikadirten jedoch Thüren und Fenster der Fabrik, versperrten so der Polizei den Einlaß und schloßerten auf dieselbe auch die mannigfaltigsten Gegenstände, ohne jedoch Jemanden zu verletzen. Erst nach mehreren Stunden und nach langen Verhandlungen mit der Polizei hielten es viele für gerathen, in verhältnismäßiger Ordnung die Fabrik zu verlassen; mit dem Rest scheint man dann rasch fertig geworden zu sein.

Warschau, 6. Oktober. Neuerdings wurden 75 deutsche Familien und zahlreiche junge Männer aus Polen ausgewiesen. Weitere Ausweisungen sollen bevorstehen.

Die Russifizierungsmaßnahmen im Westgebiete üben eingehenden Meldungen zufolge auf die dortige nichtrussische Bevölkerung eine sehr aufregende Wirkung, welche die Regierung offenbar benutzigt, da der Generalgouverneur von Wilna, General Kachanow, für nöthig fand, folgende Kundgebung zu verbreiten:

„Biswillinge Heher verbreiten unter Euch (dem Volk der Jambaiten und Litauer) das falsche Gerücht, als wolle man Euren katholischen Glauben beeinträchtigen und Euch zur rechthabigen Kirche überführen. Dieses Gerücht ist eitel Lug und Trug. Die Regierung wünscht einzig und allein, daß Ihr Euch Eurer Nationalität nicht schämt, litauisch beten und litauische Predigten hören sollt, daß Ihr aber auch russisch lernet, um die Sprache Eures Kaisers zu kennen und um zu wissen, wie Ihr im Gericht und bei der Behörde zu verfahren habt. Dasselbe bezieht sich aber auch auf Andersgläubige. Ihr Lutheraner sollt ebenso gut russisch kennen und in Euren Schulen russisch und nicht deutsch unterrichtet werden; Ihr Hebräer sollt ebenso im Handel und Wandel russisch zu sprechen verstehen und nicht mit Deutschland theilhaben, denn Ihr Alle seid russische Unterthanen.“

Ein vom Großfürsten Nikolaus von Rußland an Bord des französischen Dampfers „Uruguay“ in Dänkirchen ausgebrachter Toast erregt, wie man der „B. Z.“ aus Berlin berichtet, dort großes Aufsehen. „Wenn derselbe in der Form, in welcher er ausgebracht sein soll, wirklich gehalten war, so würde damit der wahre Stand der russisch-deutschen Beziehungen in ein eigenthümliches Licht gestellt werden, selbst wenn als mildernder Umstand die Thatsache in Betracht gezogen würde, daß der Toast, wie es heißt, am Schluß eines trefflichen Diners erfolgte.“ Nach den vorliegenden Berichten soll der Großfürst gesagt haben: „Frankreich arbeitet an der Vorbereitung der Hebanche, und es thut gut daran; aber es beweist auch große Klugheit, indem es sich von den unaufhörlichen Herausforderungen Deutschlands nicht fortziehen läßt. Möge es fortfahren, sich vorzubereiten, seine Ausrüstung zu vervollkommen und aus seinen Soldaten jene Helden zu machen, deren Großthaten die Geschichte verherrlicht hat. Auch Rußland seinerseits bleibt nicht unthätig. Vor Allem arbeitet es daran, den deutschen Einfluß zu zerstreuen. Man möge es wissen, daß unsere ganze Familie Frankreich liebt! Alle Bemühungen des Jaren zielen darauf ab, den deutschen Einfluß zu brechen, der früher unter unseren hohen Beamten sehr bedeutend war. Bald aber wird unsere ganze Regierung ausschließlich aus Männern zusammengesetzt sein, die Frankreich lieben. Bis dahin soll Frankreich sich aber zu keinen überreifen Schritten fortzetzen lassen, denn heute würde es noch schwer fallen, unser Bündniß für den Fall eines Krieges zu erhalten. Bald aber werden alle Hindernisse verschwunden und ich selbst werde der Erste sein, mich im Falle eines Krieges in die französische Armee einzureihen, die ich von ganzem Herzen liebe. Viele Russen, seien Sie dessen gewiß, werden meinem Beispiel folgen.“